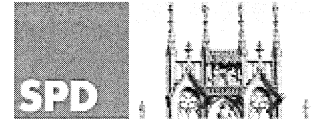


Antrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster



19.03.2007

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Kosten senken, Service verbessern - Optimierung der Verwaltungsabläufe im Konzern Stadt

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Münster unternimmt gemeinsam mit ihren städtischen Gesellschaften weitere Anstrengungen zur Optimierung von Strukturen und Prozessen in der Verwaltung. Neben der Einsparung von Verwaltungskosten im Zuge der notwendigen Konsolidierung des städtischen Haushalts sollen dabei vor allem Bürokratie und Doppelstrukturen abgebaut sowie Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verbessert werden. Außerdem sollen durch eine verstärkte Zusammenarbeit der städtischen Fachämter mit den entsprechenden Abteilungen der städtischen Gesellschaften Synergien erzielt und Maßnahmen besser abgestimmt werden. Vor diesem Hintergrund prüft bzw. erarbeitet die Verwaltung:

1. Ein Konzept für die verstärkte Kooperation der Tiefbauabteilungen der Stadt und der Stadtwerke Münster. Ziel ist es, Synergien zu nutzen (gezielte Planung und Koordination von Tiefbaumaßnahmen, Reduzierung von Einsatzmitteln (z.B. Lkw), Lagerflächen und Lagerhaltung, gegenseitige Unterstützung / Beauftragung im Bedarfsfall).
2. Die Zusammenlegung der Betriebshöfe der Stadtwerke (Verkehrsbetriebe) und der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM) an der Rösnerstraße. Die Betriebshöfe der Verkehrsbetriebe und der AWM liegen in unmittelbarer Nähe zueinander, eine Zusammenlegung erscheint logistisch machbar und sinnvoll (z.B. Fuhrpark und Werkstatt). Dadurch können Kosten gespart, der Flächenverbrauch verringert und die notwendige Infrastruktur reduziert werden.
3. Die Einführung eines zentralen Beschaffungsmanagements. Dabei ist zu klären, in welchen Bereichen das Ausschreibungs- und Beschaffungswesen über das bestehende Maß hinaus unter Einbeziehung der städtischen Gesellschaften insgesamt zusammengefasst werden kann, um dadurch weitere Einsparpotentiale zu erschließen (z.B. Einkauf, Leasing, Nutzungsverträge usw.).

4. Die Notwendigkeit von diversen parallelen Bauabteilungen bzw. Baufachleuten in verschiedenen Ämtern. Das Ziel ist die Beseitigung von Doppelstrukturen, die Zusammenführung von Arbeiten und Fachwissen und damit die Einsparung von Kosten.
5. Die Einrichtung eines „Bürgerkontos“. Ziel ist die Schaffung einer zentralen Service-/ Gebührenstelle für Abrechnungen der Stadt und der städtischen Gesellschaften zur Verbesserung des Bürgerservices und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes.

Begründung:

Seit mehreren Jahren legt die SPD-Ratsfraktion kontinuierlich im Rahmen der Aufgabenkritik und vor dem Hintergrund der notwendigen Konsolidierung des städtischen Haushalts konkrete Sparvorschläge zur Verwaltungsstruktur und zum Bürokratieabbau in der kommunalen Leistungserbringung vor (z. B. 2002: Ratsantrag „Münster hält zusammen – solidarisch in schwierigen Haushaltszeiten“; 2006: Ratsantrag „Optimierung von Strukturen und Prozessen in der Stadtverwaltung Münster“). In diesem Zusammenhang sind auch die hier eingebrachten Initiativen zu sehen. Einsparungen im Verwaltungshandeln können durch Zusammenlegung von Ämtern, Vermeiden von unnötigen Doppel- und Mehrfacherbringungen, Reduzierung der Standards von Verwaltungsleistungen und Schnittstellen sowie durch verstärkte Kooperation mit den städtischen Gesellschaften erreicht werden. Voraussetzung für eine qualifizierte Aufgabenkritik ist die Überprüfung der Verwaltungsleistungen auf Notwendigkeit, Umfang, Qualitätsanspruch und der erzielten Wirkung im Verhältnis zum jeweiligen Ressourcenverbrauch.

Sinnvoll erscheint daneben eine Überprüfung, ob weitere (Service-)Leistungen innerhalb der Verwaltung stärker zentral gefasst werden können. Über den Weg weiterer Spar- und Optimierungsmaßnahmen in der Verwaltung und in Kooperation mit den städtischen Gesellschaften ist das Ziel anzustreben, die städtischen Dienstleistungen für die Bürgerschaft weitgehend zu erhalten und den Service möglicherweise zu erhöhen, Privatisierungen zu vermeiden sowie die Stadt als soziale Arbeitgeberin zu profilieren.

Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes
Marianne Hopmann
Ralf Hubert

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn
Udo Reiter

Moritz von Schmeling
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsen
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter